

Fehler bei Vergabe für Batteriefabrik

Bundesrechnungshof kritisiert mangelnde Transparenz

Berlin/Ulm/Münster Der Bundesrechnungshof hat deutliche Kritik am Auswahlverfahren für den Standort der 500 Millionen Euro teuren deutschen Batterieforschungsfabrik geübt. Ulm hatte trotz der Fürsprache von Experten das Nachsehen gegenüber Münster gehabt. „In weiten Teilen war das Verfahren nicht ausreichend transparent“, heißt es in dem der *Deutschen Presse-Agentur* vorliegenden Bericht der Behörde an den Haushaltsausschuss des Bundestages.

Das Bundesforschungsministerium hatte im Sommer 2019 entschieden, dass eine mit rund 500 Millionen Euro geförderte Batterieforschungsfabrik im nordrhein-westfälischen Münster entstehen soll. Bundesforschungsministerin Anja Karliczek (CDU) kommt aus dem nahe gelegenen Ibbenbüren und war für die Standortvergabe kritisiert worden. Vor allem in Baden-Württemberg gab es Unverständnis, dass der Zuschlag für die Fabrik nicht zum Beispiel an Ulm ging, wo schon seit einigen Jahren an der Entwicklung leistungsstarker Batterien für Elektrofahrzeuge geforscht wird.

Die Ministerin kündigte an, Lehren ziehen zu wollen. Gleichzeitig verteidigte sie vehement die getroffene Wahl: „Die Entscheidung für das Konzept zum Standort Münster war und ist richtig. Das Konzept war das exzellente unter mehreren sehr guten Vorschlägen.“

Der Bundesrechnungshof hatte bei seiner Überprüfung des Verfahrens eine ganze Reihe von Punkten entdeckt, die Anlass zu Kritik gaben. So habe beispielsweise nur das Land Nordrhein-Westfalen vom Ministerium detaillierte Informationen zum benötigten Grundstück und Gebäuden bekommen. Außerdem seien die Kriterien für die Standortauswahl zum Teil nicht hinreichend konkret und damit nicht prüfbar formuliert gewesen. Die Bewertung der Kriterien sei sogar im Laufe des Verfahrens mehrmals geändert worden, davon habe Münster profitiert. (dpa/az)

Ein Schub für die maroden Donaubaad-Rutschen

Freizeit Weil viele kommunale Bäder vor dem Aus stehen, gibt es einen millionenschweren Fördertopf für Sanierungsarbeiten. Ulm und Neu-Ulm könnten davon profitieren – und das Geld äußerst gut gebrauchen. So stehen die Chancen

VON SEBASTIAN MAYR

Neu-Ulm Die Sanierungspläne beim Donaubaad mussten noch einmal geändert werden: Die Rutschen waren in so schlechtem Zustand, dass scharfe Kanten frei lagen. Statt mittelfristiger Reparaturen musste gleich eine Lösung her. Das ist nur ein Beispiel für den Bedarf im Erlebnisbad, das von den Städten Ulm und Neu-Ulm betrieben wird. Für weitere Arbeiten könnte es schon bald einen großzügigen Geldregen geben. Denn der Bund hat einen eigenen Fördertopf aufgelegt – doch die Anforderungen waren streng.

Der viel zitierte und milliarden-schwere Wumms, mit dessen Hilfe die deutsche Wirtschaft die Krise überstehen soll, ist nicht alles. Zusätzlich zu dem milliarden-schweren Konjunkturpaket hat sich der Bundestag auf weitere Förderpakete geeinigt. „Wir wollten noch mal ganz gezielt etwas tun für kommunale Sportstätten“, sagte Martin Gerster, SPD-Bundestagsabgeordneter aus Biberach und Vize-Vorsitzender des Haushaltsausschusses am Mittwoch in Neu-Ulm. Der Hintergrund: Weil viele Landkreise, Städte und Gemeinden wegen der Corona-Krise sparen müssen, fehlt ihnen das Geld für dringend nötige Sanierungen. In der Folge könnten Turnhallen und vor allem Bäder für immer geschlossen bleiben. Allein in Baden-Württemberg droht nach Angaben des SPD-Landtagsabgeordneten und württembergischen Schwimmverbandspräsidenten Martin Rivoir für 35 bis 40 Bäder das Aus. „Und im Moment ist es so, dass die Hälfte der Kinder, die aus der Grundschule kommen, nicht mehr schwimmen kann“, warnt er.

600 Millionen Euro verteilt der Bund für kommunale Sportstätten, er übernimmt 40 Prozent der Kosten einzelner Projekte und maximal drei Millionen Euro pro Vorhaben. Wenn der Antrag aus Ulm und Neu-Ulm Erfolg hat, werde der Förderbetrag für die Städte mehr als eine Million Euro betragen, sagte Gerster. Der Abgeordnete sah sich gemeinsam mit den SPD-Kollegen Karl-Heinz Brunner, Hilde Mattheis (beide im Bundestag), Martin



Die Farbe ist verblasst – doch das ist das geringste Problem: Der Kunststoff der Donaubaad-Rutschen geht kaputt, Kanten treten hervor und Wasser tropft herunter.

Foto: Horst Hörger



Mit und ohne Maske, von links: Gunter Czisch, Martin Rivoir, Martin Ansbacher, Hilde Mattheis, Martin Gerster, Karl-Heinz Brunner und Johannes Stingl im Donaubaad-Freibad.

Foto: Horst Hörger

Rivoir, Martin Ansbacher und Dorothee Kühne (Ulmer Gemeinderat) sowie mit Ulms Oberbürgermeister Gunter Czisch (CDU) und Neu-Ulms Zweitem Bürgermeister Johannes Stingl (CSU) die teils schwächelnden Anlagen an. „Der Antrag ist ziemlich gut“, lobte Gerster. Die Entscheidung, ob er gut genug für Fördergeld ist, soll am Nachmittag

9. September fallen. In Stein gemeißelt ist dieser Termin aber nicht.

Nur 14 Tage Zeit hatten die beiden Städte, um sich für die Unterstützung zu bewerben. Mit dieser knappen Frist wollte der Bund schnelle Kommunen belohnen. Klappt alles, dann könnte die Sanierung der Rutschen im Donaubaad bis September 2021 abgeschlossen sein.

Die Chancen sind nicht schlecht: Die Rutschenhersteller waren zuletzt dank vieler Aufträge aus der Kreuzfahrtschiff-Branche ausgebucht, jetzt sind jedoch Kapazitäten frei – wieder eine Corona-Folge. Und während üblicherweise zwei Drittel der Maßnahmen die Technik betreffen und für Badegäste weitgehend unsichtbar blieben, dürfte

dann auch etwas zu sehen sein: Die Farbe an den Rutschen ist verblasst, der Kunststoff ist brüchig geworden, an manchen Stellen tropft Wasser heraus. Dennoch lobte Gunter Czisch die Verantwortlichen des Donaubaads: „Man muss ständig was tun und sie sind wirklich dahinter.“ Johannes Stingl pflichtete bei: „Es gibt praktisch keine Beschwerden von Besuchern.“ Als das Bad noch private Betreiber hatte, sei das anders gewesen, erinnerte er sich.

Seit 2016 ist das Donaubaad wieder in städtischer Hand. Fast vier Millionen Euro wollen Ulm und Neu-Ulm über zehn Jahre verteilt investieren, um den Bestand zu sichern. Den Löwenanteil macht die Instandsetzung der Rutschenanlage aus: rund 3,2 Millionen Euro – von denen der Bund nun womöglich knapp 1,3 Millionen Euro übernimmt. Das Geld könnte die Doppelstadt gut gebrauchen. Zuletzt zahlten Ulm und Neu-Ulm gemeinsam stets 1,5 Millionen Euro, um das Defizit der Freizeitanlage auszugleichen. Heuer wird es wegen der Corona-Krise und ihrer finanziellen Folgen doppelt so viel sein.

Das die drei 1998 erbauten Rutschen generalsaniert werden, steht aus Sicht der Stadtspitzen außer Frage. Das Donaubaad sei „unverzichtbar“, sagte Stingl. Und Czisch hielt fest: „Das Familienbad richtet sich an die Kinder. Und die Kinder wollen, dass es turbulent zugeht.“ Zwischenzeitlich war sogar erwogen worden, einen neuen Turm mit bis zu zehn Rutschen zu errichten. Doch dafür hätte das Donaubaad für bis zu zwei Jahre gesperrt werden müssen, die Überlegungen wurden deshalb verworfen.

Eine lange Schließung wollten die Städte auch in der Corona-Zeit vermeiden. Zügig wurde ein Hygieneplan entwickelt. Das Freibad eröffnete am 9. Juni wieder, das Erlebnisbad am 25. Juli – Teile sind nach wie vor gesperrt. Das Besucherinteresse ist groß: Die Zahl der Kleinkinder unter vier Jahren im Bad ist derzeit doppelt so groß wie zuvor, die Besucherzahl im Freibad ist nur um sechs Prozent niedriger als vor der Corona-Zeit. 2019 waren insgesamt 620 000 Badegäste gekommen.



Im Wiley wird jetzt losgespielt

450 neue Kindergarten- und Krippenplätze sollen bis 2021 in Neu-Ulm entstehen, 50 davon im Kinderhaus Lebenswert der Friedenskirche im Wiley. Diese Einrichtung hat am 2. September ihre Türen geöffnet – zunächst aber nur für eine Handvoll Kinder. Nach und nach soll sich das Kinderhaus, das von der Hochschule Neu-Ulm, der Friedenskirche und dem Wiley Club umgeben ist, weitere Buben und Mädchen aufnehmen. Die ersten Neuankommlinge spielten am Mittwochvormittag schon einmal los, ihre Eltern begleiteten sie dabei. Der Tag davor war noch für das Personal reserviert gewesen. Das neue Kinderhaus im Wiley, in dem zusätzlich 24 Plätze für die U3-Betreuung entstehen, kostet 2,7 Millionen Euro. Die Stadt Neu-Ulm übernimmt einen Teil der Kosten, den Rest finanziert die Friedenskirche durch Spenden und Mitgliedsbeiträge. Am Sonntagnachmittag, 18. Oktober, sollen Interessierte einen Blick in die Einrichtung werfen können. (mase)

Foto: Horst Hörger

Die nächsten E-Roller kommen nach Neu-Ulm

Verkehr Mit Tier startet am Donnerstag ein zweiter E-Scooter-Verleih in der Doppelstadt

VON SOPHIA HUBER

Neu-Ulm/Ulm Nach Zeus kommt jetzt Tier. Ab diesem Donnerstag werden in Ulm und Neu-Ulm rund 300 E-Scooter in den Innenstädten zum Verleih bereitgestellt. Insgesamt gibt es damit jetzt etwa 450 E-Scooter in Ulm und Neu-Ulm, die verteilt auf großen Plätzen, am Gehsteig oder auf dem Marktplatz stehen. Tier Mobility ist eine E-Scooter-Firma mit Hauptsitz in Berlin. Laut eigenen Angaben ist Tier in neun Ländern und über 70 Städten mit seinen schwarz-blauen E-Scootern vertreten.

Der Unterschied zu den Zeus Scootern, die vor etwas über einem Monat in die beiden Städte kamen? Tier hat ein Rad weniger und austauschbare Batterien. Durch den Einsatz dieser Batteriemodule soll das tägliche Einsammeln der Scooter zum Aufladen in Lagerhäusern überflüssig werden, so steht es in einer Pressemitteilung von Tier. Also keine Mitarbeiter, die ihre privaten Steckdosen nützen müssen, wie bei anderen Firmen. Außerdem hat der E-Scooter mehr Gewicht, was für eine bessere Bodenhaftung sorgen soll.

Anna Lauffer ist City Managerin der Firma Tier für Stuttgart, Ulm und Neu-Ulm und begeistert von der Doppelstadt: „Es ist schön, wie positiv und innovativ die Leute hier denken. Da es in Ulm und Neu-Ulm viele junge Leute und Studenten gibt, glauben wir, dass der Bedarf auf jeden Fall da ist.“ Trotz der



So schauen die neuen E-Scooter der Firma Tier aus Berlin aus. Rund 300 Stück sollen in Neu-Ulm und Ulm ab heute bereitstehen.

Foto: Tier

Konkurrenz mit den drei Rädern? „Die Stadt mit Rollern zu fluten ist nie unser Ansatz. Aber ich denke, 300 Roller sind eine gesunde Menge.“ Sie ist fest davon überzeugt, dass vor allem Baden-Württemberg noch viel Potenzial hat, um vom Autoverkehr wegzukommen und auf umweltfreundlichere Alternativen umzusteigen.

Umweltfreundlich sollen nicht nur die batteriebetriebenen Tier-Scooter sein, sondern auch der kom-

plette Herstellungs- und Lieferprozess. Seit Januar dieses Jahres will die Firma alle Geschäftsbereiche klimaneutral gestalten. Auch die Themen Nachhaltigkeit und Vielfalt spielen eine Rolle. So ist Lauffer beispielsweise besonders stolz darauf, dass ihr Team nur aus weiblichen Angestellten besteht.

Zu finden sind die neuen E-Roller ab heute insbesondere an zentralen Verkehrsknotenpunkten sowie beliebten Bereichen in Ulm und Neu-

Ulm. Gemeinsam mit den beiden Städten wurden die Rahmenbedingungen für den Betrieb sowie das jeweilige Geschäftsgebiet und Parkverbotszonen erarbeitet und festgelegt.

„Unser Ziel ist es, Innenstädte lebenswerter zu machen. Gerade auch in der aktuellen Situation ermöglicht die Nutzung unserer Scooter problemlos die Einhaltung der nach wie vor geltenden Abstandsempfehlungen“, sagt Lauffer.

Um die E-Scooter zu nutzen, lädt man sich wie bei allen E-Rollern die entsprechende App der Firma herunter und startet den Roller über den integrierten QR-Code. Dafür werden auch bei Tier ein Euro Aktivierungsgebühr fällig und 19 Cent pro genutzte Minute. Gezahlt wird per Paypal oder Kreditkarte. Nach der Fahrt kann der E-Scooter flexibel an geeigneten Stellen geparkt werden.

Neu-Ulms Zweiter Bürgermeister Johannes Stingl sieht durchaus einen Sinn darin, auf kurzen Strecken auf alternative Verkehrsmittel umzusteigen und das Auto stehen zu lassen. „Ein geschlossenes Bild habe ich noch nicht“, sagt der CSU-Politiker. Ob die Roller angenommen werden, werde sich zeigen. Zwei Anbieter seien aber eine gute Menge. Mehr brauche es dann nicht mehr, findet Stingl.

Die Tier-City-Managerin sieht das anders: „Ich glaube wir werden nicht die letzten sein, die in Ulm und Neu-Ulm die Kooperation angefragt haben.“